Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

29.09.1987 - Drucksache 11/1026

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
Landtag
11. Wahlperiode

**Drucksache 11/1026**
29. 09. 87

## Mitteilung des Senats vom 29. September 1987

### Bericht über Jugendpolitik im Lande Bremen

Die Bremische Bürgerschaft hat am 25. Februar 1987 folgenden Beschluß gefaßt:

„Mit dem Bericht über Schwerpunkte außerschulischer Jugendarbeit hat der Senat 1982 Wert, Bedeutung und bisherige Leistungen der bremischen Jugendpolitik dargestellt.

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie die sozialen Folgen von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsstellenmangel bestimmen die Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben der jungen Menschen in den kommenden Jahren.

Es ist daher notwendig, dieser Entwicklung durch gezielte Angebote und Hilfen entgegenzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Bericht bis April 1987 zu erstellen, der insbesondere folgende Fragen beantwortet.

1. Zur Situation junger Menschen

a) Wie viele Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren leben in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven?

Wie verteilen sie sich auf die Altersgruppen

— 12 bis 17 Jahre

18 bis 21 Jahre

22 bis 25 Jahre?

Wie werden sich die Zahlen bis zum Jahr 1991 bzw. 1996 verändern?

b) Wie beurteilt der Senat die materielle Situation junger Menschen in den jeweiligen Altersgruppen?

c) Wie viele junge Menschen erhielten in den Jahren 1982 bis 1984 staatliche Leistungen nach

— dem Bundessozialhilfegesetz (Hilfe zum Lebensunterhalt/Hilfe in besonderen Lebenslagen) und dem Jugendwohlfahrtsgesetz

— dem Arbeitsförderungsgesetz (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe)

— sonstige Leistungen?

Welche Maßnahmen des Sozialabbaues haben sich insbesondere auf Jugendliche ausgewirkt, und welche Schlußfolgerungen zieht der Senat aus dieser Entwicklung?

d) Welche Daten liegen dem Senat zur Wohnsituation junger Menschen vor? Liegen Erkenntnisse darüber vor, in welchem Alter junge Menschen am häufigsten eigenen Wohnraum in bzw. außerhalb der elterlichen Wohnung beanspruchen, und wie hat sich dieser Wunsch, z. B. in den letzten 10 Jahren, unterschieden nach Geschlechtszugehörigkeit und sozialer Schichtung, entwickelt?

e) Ist der Senat der Auffassung, daß die Zukunft junger Menschen entscheidend

davon abhängt, ob Zugangsmöglichkeiten zu einer beruflichen Ausbildung und zur Existenzsicherung bestehen?

Welche Anstrengungen hat der Senat unternommen, der Berufsnot junger Menschen entgegenzuwirken, und wie sehen seine Bemühungen für die Zukunft aus?

2. Jugend und Mitwirkung

a) Welche Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen für junge Menschen in den Bereichen Schule, Ausbildung und Jugendhilfe und Gesellschaft, wie beteiligen sich junge Menschen, wie beurteilt der Senat dieses Engagement, und hält er diese Mitwirkungsmöglichkeiten für ausreichend?

b) Welche Bedeutung mißt der Senat den Organisationen junger Menschen für die Vertretung ihrer Interessen und zur Entwicklung demokratischen Bewußtseins bei, und wie wird dieses Engagement unterstützt und gefördert?

c) Gibt es in Bremen Tendenzen junger Menschen, sich gewalttätigen Organisationen/Aktivitäten, vornehmlich solchen mit nationalistischem, rassistischem und ausländerfeindlichem Gedankengut, anzuschließen? Wenn ja, wie gedenkt der Senat, dem entgegenzuwirken?

3. Jugend und Freizeit

a) Wo liegen die Schwerpunkte der Freizeitaktivitäten junger Menschen heute und wie beurteilt der Senat die Entwicklung des Freizeitverhaltens in den letzten Jahren?

b) Teilt der Senat die Auffassung, daß die neue Armut in der Bundesrepublik Deutschland bei dem betroffenen Teil der Bevölkerung eine gleichberechtigte Beteiligung an Freizeitaktivitäten verhindert, und wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sieht er für die Betroffenen?

c) Inwieweit spielen bildungsbedingte Kulturbarrieren eine Rolle bei der Beteiligung junger Menschen an sozialen und kulturellen Veranstaltungen?

d) Teilt der Senat die Auffassung, daß das immer größer werdende und sich verändernde Medienangebot erheblichen Einfluß auf das Freizeitverhalten junger Menschen hat, und wenn ja, welche besonderen Probleme resultieren daraus?

Welche Rolle nehmen in diesem Zusammenhang die Medienpädagogik und die Medienerziehung ein?

4. Jugend und Jugendhilfe

a) Teilt der Senat die Auffassung, daß die Arbeitsfelder

— allgemeine Jugendarbeit

— außerschulische Jugendbildung/politische Jugendbildung/internationale Jugendbewegung

— Jugendberufshilfe

— integrierende Erziehungshilfen

im Rahmen der Jugendpolitik vor allem für das Hineinwachsen junger Menschen in Staat und Gesellschaft zunehmende Bedeutung erlangten?

b) Welche Schwerpunkte haben sich in den genannten Arbeitsfeldern herausgebildet? Wie sind die Bereiche finanziell, personell und einrichtungsbezogen ausgestattet, und ist durch diese Ausstattung die Fachlichkeit in der Jugendhilfe ausreichend gewährleistet?

c) Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang das ehrenamtliche Engagement in den einzelnen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe, und wie gedenkt er, dieses Engagement in Zukunft zu fördern?

d) Ist der Senat der Auffassung, daß die politische Jugendbildung als übergreifendes Prinzip zu gelten hat?

e) Wie beurteilt der Senat das Engagement junger Menschen für Friedenssicherung und Völkerverständigung, und ist er der Auffassung, daß die bisherige Förderung internationaler Jugendbegegnung diesem Engagement gerecht wird?

f) Welche Maßnahmen der Jugendhilfe sind geeignet, der Benachteiligung von Mädchen entgegenzuwirken?

g) Wie beurteilt der Senat die Situation behinderter junger Menschen, und welche Möglichkeiten sieht er, das Zusammenleben von behinderten und nicht behinderten jungen Menschen in allen Lebensbereichen zu fördern?

h) Wie beurteilt der Senat die Situation drogen- und suchtgefährdeter junger Menschen, und wie haben sich die Beratungsangebote und Hilfeleistungen für diesen Personenkreis in den letzten Jahren entwickelt?

i) Ist der Senat der Auffassung, daß Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte auf ein ausreichendes Angebot an erzieherischen Hilfen zurückgreifen können, so daß diesen Hilfen ein Vorrang gegenüber Jugendstrafen eingeräumt werden könnte? Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Alternativen zum Jugendstrafvollzug zu fördern und auszuweiten?

5. Situation ausländischer junger Menschen

a) Wie viele ausländische junge Menschen, differenziert nach Alter, Nationalitäten und Aufenthaltsdauer, leben in Bremen?

b) Sind ausländische Jugendliche, speziell Mädchen, besonderen Benachteiligungen ausgesetzt? Wenn ja, welche Hilfs- und Förderangebote für ihre Integration gibt es, welche werden zusätzlich für erforderlich gehalten?

c) Welche Freizeit-, Kultur- und Sportaktivitäten junger Ausländer sind bekannt, differenziert nach Beteiligung in deutschen, ausländischen oder deutsch-ausländischen Organisationen? Welche Fördermöglichkeiten sieht der Senat?

d) Kann der Senat bestätigen, daß es in ausländischen Familien zunehmend zu Konflikten zwischen Eltern und ihren Kindern und Jugendlichen kommt? Wie reagieren die Sozialen Dienste und anderen Stellen darauf?

6. Perspektiven

Welche Schwerpunkte sieht der Senat für die Entwicklung der Jugend(hilfe)politik für die nächsten Jahre?

Ist er bereit, die dargestellten Schwerpunkte in den Aufgabenfeldern der Jugendhilfe in einen Bremer Jugendplan aufzunehmen?"

Der Senat nimmt dazu unter Hinweis auf den anliegenden Bericht*) wie folgt zusammenfassend Stellung:

1. Bereits in seinem „Bericht über Schwerpunkte außerschulischer Jugendarbeit als Teil der Jugendpolitik im Lande Bremen" hat der Senat im Jahre 1982 die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation als Schwerpunktaufgabe hervorgehoben.

   In seinen Perspektiven zur Weiterentwicklung der außerschulischen Jugendarbeit hatte der Senat

   — die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einschließlich der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sowie die Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten und -projekten für arbeitslose Jugendliche

   — die Verbesserung regionaler Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit

   — die Verstärkung von Selbstorganisations- und Selbstverwaltungsansätzen in Jugendfreizeitheimen

   — die Erhaltung der Existenz und die Gewährleistung der Arbeitsbedingungen der Jugendverbände

   — die Förderung des ehrenamtlichen Engagements

   — die Verbesserung der Integrationschancen ausländischer Jugendlicher und

   — die Hinwendung zu Jugendlichen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten

   in besonderer Weise herausgestellt.

*) Der Bericht ist den in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen und der Gruppe zugeleitet worden und kann außerdem bei der Verwaltung der Bürgerschaft — Bibliothek — eingesehen werden.

Der Senat stellt heute mit Befriedigung fest, daß trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierungspolitik in den vergangenen Jahren erhebliche Leistungen für junge Menschen in den zuvor genannten Bereichen in Bremen erbracht wurden.

2. Dies gilt in besonderer Weise für die Anstrengungen, die zur Bekämpfung der Berufsnot der Jugend unternommen wurden. Die hohen Schulabgängerzahlen der vergangenen Jahre erforderten erhebliche finanzielle Aufwendungen für Sonderprogramme, für die Unterstützung neuer gemeinnütziger Berufsausbildungsträger, für die Entwicklung eines leistungsfähigen schulischen Berufsausbildungssystems sowie für die Bereitstellung von Komplementärmitteln zur Ergänzung überregionaler Förderprogramme. Über ein Viertel aller Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren war öffentlich organisiert oder durch bremische Mittel gefördert.

   Auch in den kommenden Jahren ist der Senat entschlossen, insbesondere Jugendlichen, die in der Schule Schwierigkeiten haben, den Hauptschulabschluß nicht erreichen und sozial benachteiligt sind, eine Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen zu ermöglichen.

   Der Senat bedauert, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, das Benachteiligtenprogramm auf Dauer zu sichern und deutlich aufzustocken.

   Der Senat ist sich bewußt, daß in den kommenden Jahren die Übergänge von Jugendlichen ins Beschäftigungssystem nach Abschluß einer Ausbildung schwieriger werden. Arbeitslosigkeit im Anschluß an eine Ausbildung muß für junge Menschen als besonders belastend empfunden werden, da sie bisher kaum über Arbeitserfahrung verfügen und, sofern die Arbeitslosigkeit länger andauert, die Gefahr eines Qualifikationsverlustes besteht.

   Auch quantitativ ist mit einer Zunahme der Probleme an der „Zweiten Schwelle" zu rechnen. Der Senat wird daher seine Anstrengungen fortsetzen, neben neuen Arbeitsplätzen für die bereits jetzt Arbeitslosen auch solche für die nachwachsende junge Generation zu schaffen und zu fördern. Dies gilt in besonderer Weise für die Umsetzung der Qualifizierungsoffensive, des Programms Arbeit und Umwelt sowie für die verstärkte Förderung von Programmen der Fortbildung und Umschulung.

3. Auch im engeren Bereich der Jugendhilfe sieht der Senat erfolgreiche Jugendpolitik verwirklicht.

   So haben sich die Bremer Jugendfreizeitheime verstärkt auf die Probleme arbeitsloser und ausbildungsplatzsuchender Jugendlicher eingestellt und in Zusammenarbeit mit freien Trägern Hauptschulabschlußkurse sowie Berufsorientierungsmaßnahmen organisiert. Im Rahmen eines „kleinen Verbundsystems" ist es heute prinzipiell möglich, die Jugendlichen über Berufsorientierung und Berufsvorbereitung so weit zu fördern, daß sie eine betriebliche, außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildung aufnehmen können. Das aufgegebene Jugendfreizeitheim Blockdiek bietet heute für 40 Jugendliche eine Berufsausbildung in drei anerkannten Ausbildungsberufen an.

   Die Jugendfreizeitheime Westerholzstraße und Sattelhof werden in freier Trägerschaft mit kommunaler Förderung weiterbetrieben. Der Senat hat sich ferner entschieden, die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus in freier Trägerschaft weiterbetreiben zu lassen und die inzwischen entstandene gemeinnützige GmbH durch öffentliche Zuschüsse zu fördern. Der Senat ist optimistisch, daß die Leistungsfähigkeit der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus durch die Beteiligung zahlreicher Initiativen und Jugendverbände gegenüber der früheren Betriebsform wesentlich gesteigert werden kann.

   Auch im Bereich der erzieherischen Hilfen konnten durch Umsteuerungsprozesse und neue pädagogische Maßnahmen verbesserte Hilfen für benachteiligte junge Menschen gegeben werden. Als neue Programme wurden seit dem letzten Jugendbericht das Familienhelferprogramm, Übungs- und Erfahrungskurse, Betreutes Wohnen sowie Jugendberufshilfe organisiert und angeboten. Allein durch Jugendberufshilfen konnten über 260 Jugendliche in reale Ausbildungsplätze vermittelt werden.

   Auch die Arbeit der Jugendverbände konnte trotz der angespannten Haushaltssituation sichergestellt werden. Wenn auch dem Wunsch nach Erhöhung der Zuschüsse für die außerschulische Jugendbildung sowie für Jugendbildungs-

referenten nicht Rechnung getragen werden konnte, so ist durch den bereits eingetretenen Rückgang der Jugendzahlen und die Stabilität der jährlichen Zuschüsse der Standard der außerschulischen Jugendbildung durchaus gehalten worden. Durch Sonderförderungen aus Wettmitteln für besonders qualifizierte Programme der Dachorganisationen der Jugendverbände, zum Beispiel für Ausstellungen und im Bereich internationaler Begegnungen, sind ebenso wie im Programm „Herrichtung von Jugendräumen" Standards erreicht worden, die einem Vergleich mit Kommunen ähnlicher Größenordung durchaus standhalten können.

4. Die gewachsenen Strukturen der Jugendförderung in Bremen sollen erhalten werden. Sie sollen den Problemlagen und Wünschen der jungen Generation jeweils angepaßt und weiter entwickelt werden. Der Senat wird darauf hinwirken, daß die im beigefügten Bericht genannten Schwerpunktsetzungen innerhalb der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Druck: Anker-Druck Bremen